

SPANIEN

Señora Botellas Kampf

Keine andere Stadt des Landes ist so verschuldet wie Madrid. Seit drei Monaten versucht eine Frau im Rathaus, das Defizit abzubauen. Sie geht mit gutem Beispiel voran.



Bürgermeisterin Botella: Eine Gesellschaft braucht Träume

Wenn Ana Botella in ihrem Arbeitszimmer im vierten Stock des Rathauses von den Akten aufschaut, streift ihr Blick die Krone einer Fruchtbarkeitsgöttin. Die marmorne Cibeles auf ihrem von Löwen gezogenen Streitwagen ist Mittelpunkt des verkehrsreichen Platzes der Hauptstadt. Hier, am Cibeles-Brunnen, feiern Fußballer und Fans von Real Madrid ihre Siege. Das sind die guten Zeiten auf dem Platz.

Am vergangenen Donnerstag zogen Zehntausende Demonstranten rote Fahnen schwenkend unter dem Balkon von Bürgermeisterin Botella und an der Göttin vorbei. Sie protestierten gegen die Arbeitslosigkeit von über fünf Millionen Mitbürgern und gegen die Spar-Reformen

der konservativen Regierung, die zahlreiche Familien in Armut stürzen.

Drinne, im Rathaus, hatte Botella am Vormittag mit ihrem Stadtrat beschlossen, eine knappe Million Euro zur Verfügung zu stellen, damit für die ärmsten Einwohner der Stadt die Mieten der Sozialwohnungen gesenkt werden können.

Das sind die schwierigen Zeiten auf dem Cibeles-Platz: Die Oberbürgermeisterin von Madrid muss 16 712 unbezahlte Rechnungen in Höhe von über einer Milliarde Euro aus dem Vorjahr begleichen und die Finanzen der am höchsten verschuldeten Stadt des Landes in Ordnung bringen. Und das möglichst schnell.

Seit Ende Dezember sitzt Ana Botella, 58, Ehefrau des ehemaligen konservati-

ven Ministerpräsidenten José María Aznar, im Rathaus, nach acht Lehrjahren als Stadträtin, zunächst für Familie und Soziales, zuletzt für Umwelt und Verkehr. Botella kam nicht durch Wahl in dieses Amt, sondern erbte es von ihrem Vorgänger, der in die Regierung ihres Parteifreundes Mariano Rajoy berufen wurde.

Sie hat nicht nur das Zimmer mit der schönen Aussicht, größer als das Oval Office in Washington, und einen für 500 Millionen Euro zum Rathaus umgebauten Palast von 1917 übernommen, sondern auch einen Butler, der der Amtsträgerin und ihren Gästen Kaffee serviert. Und sie erbt fast 6,4 Milliarden Euro Schulden.

Bis Ende März musste Botella dem Finanzministerium einen Plan dafür vorlegen, wie sie in Zukunft sparen will, um nicht länger mehr Ausgaben als Einnahmen zu haben. Denn die Regierung des konservativen Mariano Rajoy verabschiedete vergangene Woche ein Gesetz, nach dem Sanktionen verhängt werden, wenn öffentliche Verwaltungen weiterhin Schulden machen.

Insofern geht es der Bürgermeisterin nicht anders als dem Ministerpräsidenten. Der muss im Staatshaushalt für 2012, den er am vergangenen Freitag im Ministerrat verabschiedete, 27 Milliarden Euro einsparen, dazu 12 Milliarden mehr an Steuern einnehmen.

Denn auch Rajoys Vorgänger, der Sozialist José Luis Rodríguez Zapatero, hatte dem Land Altlasten hinterlassen, ein Defizit von 8,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, weit mehr als mit Brüssel vereinbart. Das soll nun bis Ende 2013 auf 3 Prozent sinken. Eine Zusage, die Spanien um jeden Preis einhalten muss, will es das Vertrauen der europäischen Partner und der Finanzmärkte zurückgewinnen.

Ana Botella kann, anders als ihr Regierungschef, nicht den politischen Gegner von der Linken für die Verschwendung verantwortlich machen. Es war ihr Vorgänger, ein Konservativer, der die Schulden verfünffacht hatte. Er ließ einen Ring von Autobahnen rund um die Stadt legen und betrieb zweimal die Kandidatur Madrids als Olympia-Stadt. Viele Millionen Euro gab er für Stadien aus, die wenig genutzt werden. Die neue Bürgermeisterin will die Olympia-Bewerbungen 2020 weiterführen, das Gros der teuren Infrastruktur sei ja schon gebaut, sagt sie, und eine Gesellschaft brauche nun mal Träume. Der Rest aber ist eisernes Sparen.

Zur Verwaltung der Misere von Madrid ist die streng katholische Juristin nicht die schlechteste Wahl. „Ich habe mit 23 geheiratet und in den ersten Jahren die Familie ernährt“, sagt Botella stolz. Als Beamtin arbeitete sie in der Administration, zuletzt im Finanzministerium. Erst als ihr Mann, den sie Ende der siebziger Jahre zur konservativen Partei gebracht hatte, 1996 Ministerprä-



PEDRO ARMESTRE / AFP

Schlusskundgebung zum Generalstreik in Madrid: Protest gegen Arbeitslosigkeit und Spar-Reformen

sident wurde und die Familie Aznar mit den drei Kindern in den Moncloa-Palast übersiedelte, gab sie die Berufstätigkeit auf. Ein Foto aus der Wahlnacht steht noch heute im Bücherregal neben ihrem Schreibtisch.

Als Gattin des Ministerpräsidenten wurde sie damals verspottet, weil sie auf offiziellen Reisen helle Lederjacken aus dem Kaufhaus trug und zum Empfang des Königspaares in Jeans und schlichter Jacke statt im Abendkleid erschien.

Und auch jetzt steht sie für einen neuen Stil. Ihr Vorgänger im Madrider Rathaus liebte den Luxus und gefiel sich als exzellenter, belesener Redner. Botella trägt Kleider von der Stange, kaum echten Schmuck und klammert sich steif an ihre vorgeschriebenen Texte, auch aus Angst, wie schon geschehen, durch unbedachte Äußerungen über Homosexuelle oder Linke unangenehm aufzufallen.

Doch jetzt ist vor allem strenge Buchführung gefragt. Denn seit vor vier Jahren die Immobilienblase platzte, versiegte auch eine der Haupteinnahmequellen der spanischen Rathäuser: Die Städte konnten keine Gebühren mehr für die Erteilung von Baugenehmigungen eintreiben, darüber hinaus fehlten die Gewerbesteuern der Unternehmer aus der Baubranche.

Viele von ihnen mussten Insolvenz anmelden. Denn während die Unternehmer verpflichtet sind, die Mehrwertsteuer im Voraus der Finanzbehörde zu überweisen, blieben die Kunden, insbesondere öffentliche Auftraggeber, in der Krise ihre Zahlungen schuldig.

Nun hat die Regierung Rajoy erste Hilfe versprochen: Aus einem Fonds des Nationalen Kreditinstituts von 35 Milliarden Euro können verschuldete Rathäuser auf zehn Jahre Geld leihen, zu Zinsen von nur fünf Prozent. Das erlaubt auch der Stadt Madrid ab Mai, endlich ihre fast 1700 Zulieferer und Handwerksbetriebe zu bezahlen. Die Bürgermeisterin weiß,

dass sie dennoch ihre künftigen Ausgaben kürzen und sich um zusätzliche Einkünfte bemühen muss.

Botella will deshalb unter anderem städtische Gebäude und Beteiligungen an kommunalen Unternehmen wie dem Wasserwerk verkaufen. Sie hat außerdem 130 Millionen eingespart, den Dienstwagenpark reduziert, Berater entlassen, die Neugestaltung der Kunstmeile von Madrid vorläufig eingefroren und die Unterstützung für Drogenabhängige und Berufsanfänger gekürzt.

Neben den Gemeinden muss Rajoy auch die 17 Autonomen Regionen, vergleichbar den Bundesländern, sanieren. Sie trugen die Hauptschuld daran, dass das Staatsdefizit außer Kontrolle geraten war. Die neue Regierung hat sich mit den überwiegend konservativen Landesvätern nun auf eine Schuldenbremse geeinigt. Doch ohne Einschnitte bei den Aufwendungen für Bildung, Gesundheit und Sozialleistungen wird das wohl nicht möglich sein. Viele öffentliche Betriebe werden deshalb privatisiert oder geschlossen.

Am vorletzten Wochenende hatte Regierungschef Rajoy eine erste Warnung von den Wählern erhalten: In Andalusien, wo die Arbeitslosigkeit mit 31 Prozent acht Punkte über dem Landesdurchschnitt liegt, siegten die Linken. Denn sie versprachen, die Segnungen des Wohlfahrtsstaats zu garantieren und nicht allein Austeritätspolitik zu betreiben.

Rajoy's Kalkül, seinen Haushaltsplan vor den Regionalwahlen geheim zu halten, ist nicht aufgegangen. Er hatte mit seinem wahltaktischen Vorgehen viel Unmut bei der EU-Kommission in Brüssel riskiert, sein italienischer Kollege Mario Monti bekundete sogar „Besorgnis“ um Spaniens Zuverlässigkeit, der Risikoaufschlag für Staatsanleihen aus Madrid stieg an.

Gleich nach Amtsantritt hatte Rajoy mit seiner absoluten Mehrheit eine Verschärfung der Arbeitsmarktreform von

Zapatero veranlasst: Sie ermöglicht nun Unternehmern in Schwierigkeiten, Löhne zu kürzen und Angestellte ohne hohe Abfindungen zu entlassen. Langfristig würden mit dem neuen Recht wieder mehr Arbeitsverträge geschlossen, glauben die Konservativen. Trotz des Generalstreiks will Rajoy hart bleiben.

Die Sparkassen, in deren Büchern ausfallgefährdete Wohnungskredite und abgewerteter Immobilienbestand lasten, sollen sich rasch zu größeren Instituten zusammenschließen. Für die nächsten Monate kündigte der Regierungschef weitere „genauso bedeutende“ Reformen bei den staatlichen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung und auf dem Energiesektor an. Der im Kabinett beschlossene Haushalt zwingt alle Ministerien zu Kürzungen von fast 17 Prozent. Beamtengehälter bleiben eingefroren. Doch das reicht noch lange nicht aus.

Die Euro-Gruppe fordert, Spanien müsse sein Defizit bis Ende des Jahres auf 5,3 Prozent senken, sie will die Fortschritte überwachen. Deshalb erhöht Rajoy, anders als im Wahlkampf versprochen, nun doch einige Steuern: Die Anhebung der Einkommensteuersätze, erst einmal befristet auf zwei Jahre, gilt schon seit Januar. Dazu wird die Steuerlast für Großunternehmer gesteigert.

Linke Oppositionsparteien und Gewerkschaftsführer argumentieren dagegen, der brutale Sparkurs lasse das Heer der Arbeitslosen nur noch größer werden. Der Konsum werde so gedrosselt und die Rezession vertieft. Rajoy gibt sich trotzdem zuversichtlich: „Der schlimmste Irrtum ist es, nichts zu tun“, bekannte er. Zwölf Monate lang steht dem Konservativen zumindest kein Urnengang im Weg.

Ana Botella kann sich noch mehr Zeit lassen: Erst 2015 werden die Madrilenen wieder einen neuen Bürgermeister wählen. Oder eine Bürgermeisterin.

HELENE ZUBER